



2018/2179(DEC)

25.1.2019

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Haushaltskontrollausschuss

zur Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans der Europäischen
Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound)
für das Haushaltsjahr 2017
(2018/2179(DEC))

Verfasserin der Stellungnahme: Marian Harkin

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Haushaltskontrollausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. bringt seine Zufriedenheit darüber zum Ausdruck, dass der Rechnungshof die der Jahresrechnung der Stiftung für das Haushaltsjahr 2017 zugrunde liegenden Vorgänge für rechtmäßig und ordnungsgemäß erklärt hat und dass die Finanzlage der Stiftung zum 31. Dezember 2017 sachgerecht dargestellt ist;
2. würdigt, dass die Stiftung durch ihre hochwertige Tätigkeit, die in der Erweiterung und Verbreitung von Wissen besteht, dazu beigetragen hat, dass in der EU bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen konzipiert und geschaffen werden; erkennt die aktive Rolle der Stiftung an, die einen wesentlichen Beitrag zur Politikentwicklung leistet und als Informationsquelle zu den laufenden Initiativen der EU – etwa der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte, der Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf, dem Zugang zu sozialem Schutz und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen – fungiert; begrüßt die Analysen und die Beiträge der Stiftung zu den politischen Maßnahmen in Bezug auf Entwicklungstrends bei der Lebensqualität vor dem Hintergrund des sich wandelnden sozialen und wirtschaftlichen Profils in der Bewertungsübersicht zur vierten europaweiten Erhebung zur Lebensqualität;
3. unterstreicht, wie wichtig die gute Zusammenarbeit zwischen den im Bereich Beschäftigung, Soziales und Integration tätigen Agenturen und insbesondere die Zusammenarbeit zwischen der Stiftung, EU-OSHA, Cedefop und EIGE ist; hält es darüber hinaus für wichtig, die enge Zusammenarbeit zwischen der Stiftung und dem Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten fortzusetzen, damit auch weiterhin konstruktive, faktengestützte Diskussionen stattfinden;
4. erkennt die Fortschritte der Stiftung in Bezug auf den Abschluss ihres sich über vier Jahre erstreckenden Programms an, in dem vier spezifische prioritäre Politikbereiche für das künftige Arbeitsprogramm der Stiftung ausgemacht werden;
5. begrüßt, dass die Stiftung seit 2017 über einen Ethikkodex verfügt und sich verpflichtet hat, die Entlastungsbehörde über jeden vermuteten oder tatsächlichen Fall eines Interessenkonflikts zu unterrichten; begrüßt ferner, dass die Stiftung sich verpflichtet hat, die Möglichkeiten zur Einrichtung eines unabhängigen Gremiums für Offenlegung, Beratung und Befassung zu prüfen;
6. begrüßt, dass die Stiftung sich dahingehend geäußert hat, dass die neue Gründungsverordnung als Chance betrachtet wird, um die Frage der größeren Unabhängigkeit des Rechnungsführers in der Zukunft neu zu bewerten sowie um regelmäßige externe Bewertungen durchzuführen;
7. begrüßt, dass die Stiftung die Möglichkeiten prüft, um die Software für die elektronische Auftragsvergabe auch für Ausschreibungen nach dem Verhandlungsverfahren zugänglich zu machen; stellt fest, dass die elektronische Einreichung von Angeboten („e-submission“) und die dienstorientierte

Kommunikationsplattform („e-prior“) zurzeit nicht eingeführt sind;

8. weist darauf hin, dass der Rechnungshof es für erforderlich hält, die Unabhängigkeit des Rechnungsführers zu stärken, indem er dem Direktor (administrative Belange) und dem Verwaltungsrat (funktionsbezogene Belange) der Stiftung direkt unterstellt wird, dass der Verwaltungsrat indes mit der Unabhängigkeit des Rechnungsführers zufrieden ist, und verweist auf dessen bereits bestehende Befugnis, dem Vorsitz direkt Bericht zu erstatten; fordert die Stiftung auf, die Unabhängigkeit des Rechnungsführers zu stärken, indem er dem Direktor (administrative Belange) und dem Verwaltungsrat (funktionsbezogene Belange) der Stiftung direkt unterstellt wird;
9. weist darauf hin, dass unter großen Schwierigkeiten Personal abgebaut wurde, und bekräftigt seine großen Bedenken in Bezug auf weitere Personalkürzungen, die die Stiftung nach der Überzeugung des Parlaments bei der Ausübung ihres Mandats beeinträchtigen würden; betont, dass zu diesem Zweck für eine angemessene Ausstattung mit personellen und finanziellen Ressourcen gesorgt werden muss, damit die Stiftung ihre Aufgaben wahrnehmen kann; äußert sich besorgt über die Auswirkungen der Erhöhung des irischen Länderkoeffizienten 2017 auf 119,8 auf den Haushalt; betont, dass die Organe unverzüglich handeln müssen, um die Auswirkungen auf den Haushalt auszugleichen, wie es das Parlament in seinem Standpunkt im Entwurf des Haushaltsplans zum Ausdruck brachte;
10. weist erneut darauf hin, dass dringend für die Offenlegung, Beratung und Befassung zuständige, mit ausreichenden Haushaltsmitteln ausgestattete unabhängige Mechanismen eingerichtet werden müssen, damit Hinweisgeber Unterstützung erhalten, wenn es um die Wahl der richtigen Kanäle für die Offenlegung ihrer Informationen zu etwaigen die finanziellen Interessen der Union betreffenden Unregelmäßigkeiten geht, wobei im Einklang mit der Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, die Vertraulichkeit gewahrt und ihnen die notwendige Unterstützung und Beratung angeboten werden muss, was derzeit Gegenstand von interinstitutionellen Verhandlungen ist;
11. empfiehlt auf der Grundlage der vorliegenden Informationen, dem Direktor der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans der Stiftung für das Haushaltsjahr 2017 zu erteilen.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	23.1.2019
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 42 -: 1 0: 2
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Laura Agea, Guillaume Balas, David Casa, Ole Christensen, Michael Detjen, Martina Dlabajová, Lampros Fountoulis, Arne Gericke, Marian Harkin, Czesław Hoc, Agnes Jongerius, Agnieszka Kozłowska-Rajewicz, Jean Lambert, Jérôme Lavrilleux, Jeroen Lenaers, Verónica Lope Fontagné, Javi López, Thomas Mann, Miroslavs Mitrofanovs, Elisabeth Morin-Chartier, Emilian Pavel, João Pimenta Lopes, Georgi Pirinski, Marek Plura, Dennis Radtke, Terry Reintke, Robert Rochefort, Claude Rolin, Romana Tomc, Yana Toom, Marita Ulvskog, Jana Žitňanská
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Georges Bach, Amjad Bashir, Heinz K. Becker, Lynn Boylan, Eduard Kukan, Christelle Lechevalier, Paloma López Bermejo, António Marinho e Pinto, Alex Mayer, Csaba Sógor, Flavio Zanonato
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)	Angélique Delahaye, Monika Smolková

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

42	+
ALDE	Martina Dlabajová, Marian Harkin, António Marinho e Pinto, Robert Rochefort, Yana Toom
ECR	Amjad Bashir, Arne Gericke, Czesław Hoc, Jana Žitňanská
GUE/NGL	Lynn Boylan, Paloma López Bermejo, João Pimenta Lopes
PPE	Georges Bach, Heinz K. Becker, David Casa, Angélique Delahaye, Agnieszka Kozłowska-Rajewicz, Eduard Kukan, Jérôme Lavrilleux, Jeroen Lenaers, Verónica Lope Fontagné, Thomas Mann, Elisabeth Morin-Chartier, Marek Plura, Dennis Radtke, Claude Rolin, Csaba Sógor, Romana Tomc
S&D	Guillaume Balas, Ole Christensen, Michael Detjen, Agnes Jongerius, Javi López, Alex Mayer, Emilian Pavel, Georgi Pirinski, Monika Smolková, Marita Ulvskog, Flavio Zanonato
VERTS/ALE	Jean Lambert, Miroslavs Mitrofanovs, Terry Reintke

1	-
NI	Lampros Fountoulis

2	0
EFDD	Laura Agea
ENF	Christelle Lechevalier

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung